



Universität St.Gallen

Institut für Law and Economics

Die steuerrechtliche Inkassoamtshilfe

Grundlagen, Mechanismen und Perspektiven eines grenzüberschreitenden Bezugsverfahrens im nationalen und internationalen Steuerrecht der Schweiz

Disputation Dissertation
St.Gallen, 20. August 2026

Christoph Domke



Illustration:
Microsoft 365 Copilot

From insight to impact.

Agenda

1. Einleitung ins Thema und grobe Gliederung der Arbeit

2. Ausgewählte Forschungsergebnisse

- Verwaltungsvollstreckung und Territorialität
- Komplexitätsebenen der Zuständigkeiten im Schweizerischen Vollstreckungssystem
- Neue Perspektiven auf Auslegungsfragen: Spezialstellung der (Inkasso-)Amtshilfe?

3. Ausblick und Diskussionsanstoss

1. Einleitung ins Thema und
grobe Gliederung der Arbeit

Kurze Einleitung ins Thema

- Steuerrechtliche Inkassoamtshilfe = die inländische Vollstreckung ausländischer Steuerforderungen
- Notwendig: Völker(vertrags)rechtliche Grundlage
- Schweizerische Abkommenspolitik bis anhin zurückhaltend in der Übernahme von Amtshilfeklauseln, welche die Vollstreckung von ausländischen Steuerforderungen zulassen: Schweiz = «nicht kooperationsbereit»
- **Relevanz des Themas?**
 - Unterzeichnung eines Änderungsprotokolls des Abkommens betreffend den automatischen Informationsaustausch mit der EU: Grenzüberschreitende Vollstreckung von MWST-Forderungen ab EUR 10'000
 - Findings im Zuge der Arbeit: Vollzugs- und Inkassolücken bei der MWST-Plattformbesteuerung/Versandhandel sowie im Konkursrecht und Vereinheitlichungspotenzial mit Sozialversicherungsbeiträgen
 - Grenzüberschreitende Anerkennung und Vollstreckung – d.h. die Durchsetzung fremden Rechts – betrifft eine Vielzahl verschiedener Rechtsgebiete (ähnliche Fragestellungen wie früher im Privatrecht; Stichwort LugÜ)

Grobe Gliederung der Arbeit

1. Teil: Grundlagen internationaler Inkassoamtshilfe 1

§ 1	Einleitung	1
1.	Problemaufriss	1
2.	Relevanz und Ziel der Dissertation	1
3.	Methode und Gang der Untersuchung	5
§ 2	Begriff, Abgrenzungen und Rechtsnatur	7
1.	Der Begriff der steuerrechtlichen Inkassoamtshilfe	7
2.	Abgrenzungen zu anderen Formen der Behördenzusammenarbeit	14
3.	Rechtsnatur der Inkassoamtshilfe als Verwaltungsverfahren unter völkerrechtlichem Regime	22
4.	Übersicht und systematische Einbettung in die rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen	30
§ 3	Völkerrechtliche Grundlagen	31
1.	Auf die Staateneigenschaft zurückzuführende Prinzipien	31
2.	Mögliche Ermächtigungsgrundlagen zur Vornahme von Inkassomassnahmen auf fremdem Territorium	47
3.	Bestand, Inhalt und Erlöschen einer völkerrechtlichen Verpflichtung zur Leistung von Amtshilfe	53
4.	Zwischenfazit zu den völkerrechtlichen Grundlagen	60
§ 4	Verfassungsrechtliche Grundlagen	60
1.	Einleitung	60
2.	Hinweise zur Verfassungsinterpretation	61
3.	Verfassungsrechtliche Kompetenznormen im Amtshilfekontext	62
4.	Grundrechte und Verfahrensgarantien	70
5.	Zwischenfazit zu den verfassungsrechtlichen Grundlagen	93
§ 5	Grundlagen nationaler und internationaler Steuervollstreckung (Verwaltungsvollstreckung)	95
1.	Aussensteuerrecht innerstaatlicher Quelle und Begriff des internationalen Verwaltungsrechts	95

2.	Bezugs- und Vollstreckungsverfahren für innerstaatliche Steuerforderungen	97
3.	Anerkennung und Vollstreckbarerklärung fremder Steuerforderungen	138
4.	Verfahren des innerstaatlichen Inkassoamtshilfenvollzugs	165
5.	Zwischenfazit zur innerstaatlichen Ordnung des Inkassoamtshilfenvollzugs sowie zur internationalen Steuervollstreckung im Allgemeinen	200

2. Teil: Völkervertragliche Mechanismen und Varianten der steuerrechtlichen Inkassoamtshilfe 201

§ 6	Rechtsanwendung und Auslegung von Inkassoamtshilfeabkommen	201
1.	Vorbemerkungen zum Völkervertragsrecht	201
2.	Geltung und Rang von Abkommen im Staat	202
3.	Direkte Anwendbarkeit und Justiziabilität einer Abkommensbestimmung	203
4.	Auslegung abkommensrechtlicher Amtshilfebestimmungen	217
§ 7	Varianten völkervertraglicher Inkassoamtshilfebestimmungen im Steuerrecht	259
1.	Vorbemerkungen zu den völkervertraglichen Varianten	259
2.	Konzeption nach revidiertem AIA-Abkommen (vormaliges Zinsbesteuerungsabkommen)	260
3.	Konzeption nach Art. 27 OECD-MA und UN-MA sowie Art. 26a DBA CH-AT	295
4.	Konzeption nach der MAC	326
5.	Konzeption nach BBA und SDÜ	336

3. Teil: Perspektiven der steuerrechtlichen Inkassoamtshilfe in der Schweiz 343

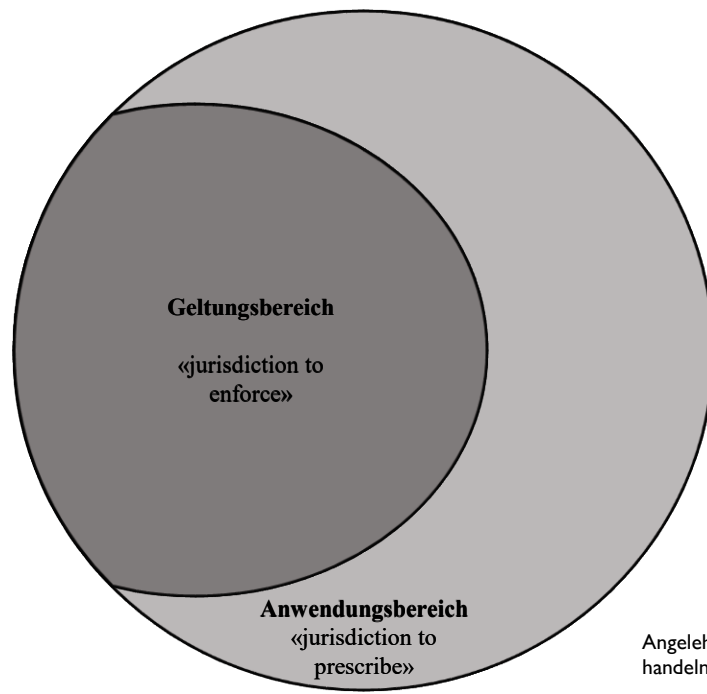
§ 8	Auswirkungen abkommensrechtlicher Inkassoamtshilfebestimmungen	343
1.	Vorbemerkungen	343
2.	Sinnvolle Einsatzgebiete der Inkassoamtshilfe	343
3.	Potenzielle Auswirkungen auf Besteuerungsmechanismen mit Bezugskomponenten	352
4.	Aspekte der Abkommenspolitik und die Frage der multilateralen oder bilateralen Strategie	355
§ 9	Schlussfolgerungen zur Konzeption einer steuerrechtlichen Inkassoamtshilfe	358
1.	Zusammenfassende Erkenntnisse	358
2.	Übergreifende Schlussfolgerung zum Erfordernis eines formellen Inkassoamtshilfverfahrens	367

2. Ausgewählte Forschungsergebnisse

Grenzüberschreitende Verwaltungsvollstreckung und Territorialität

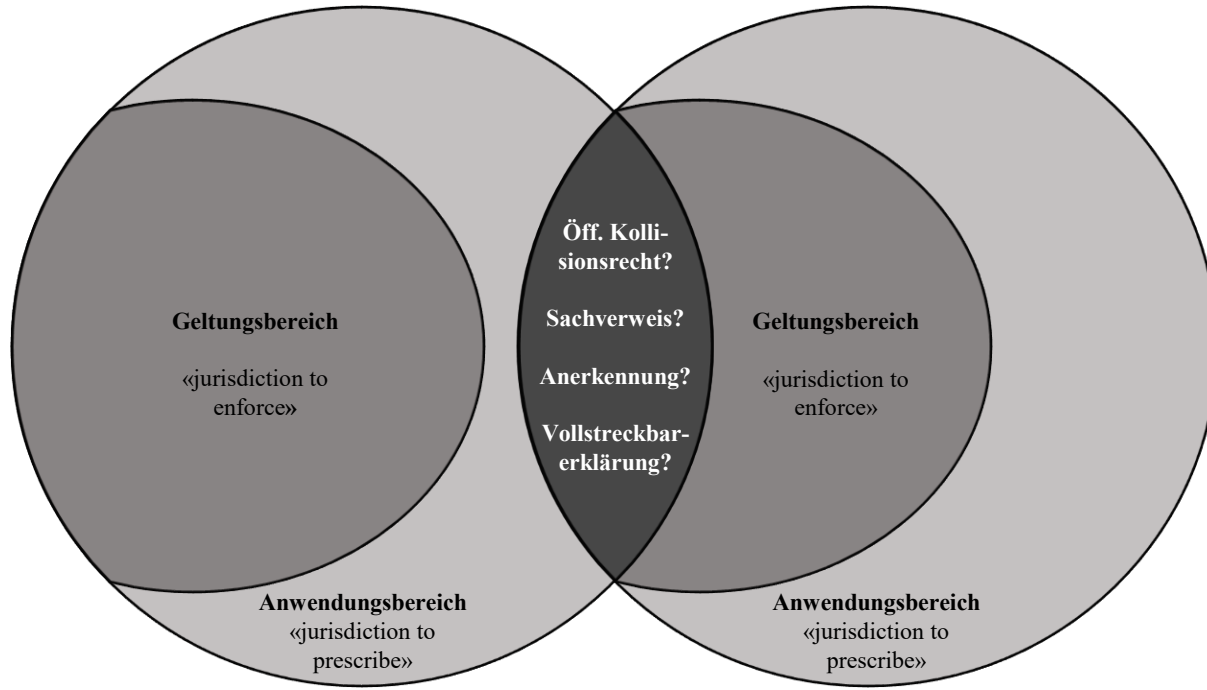
- **Woher kommt ein Grundsatz zur Nichtvollstreckung fremder öffentlich-rechtlicher Forderungen**
 - Jurisdiction to enforce (Völkerrecht)?
 - Territorialitätsprinzip (materielles Steuerrecht / Völkerrecht / Privatrecht)?
 - Nichtbeachtungsgrundsatz bzgl. öffentlichen Rechts im internationalen Zivilprozessrecht (Privatrecht)?
 - Revenue Rule (steuerrechtliche / “*privatrechtliche*” common-law-Regel)
- **Überdachende Lösung: Was ist der Geltungs- und Anwendungsbereich von Verwaltungsnormen?**
(Sowohl von Rechtsätzen als auch von Entscheiden!)

Grenzüberschreitende Verwaltungsvollstreckung und Territorialität

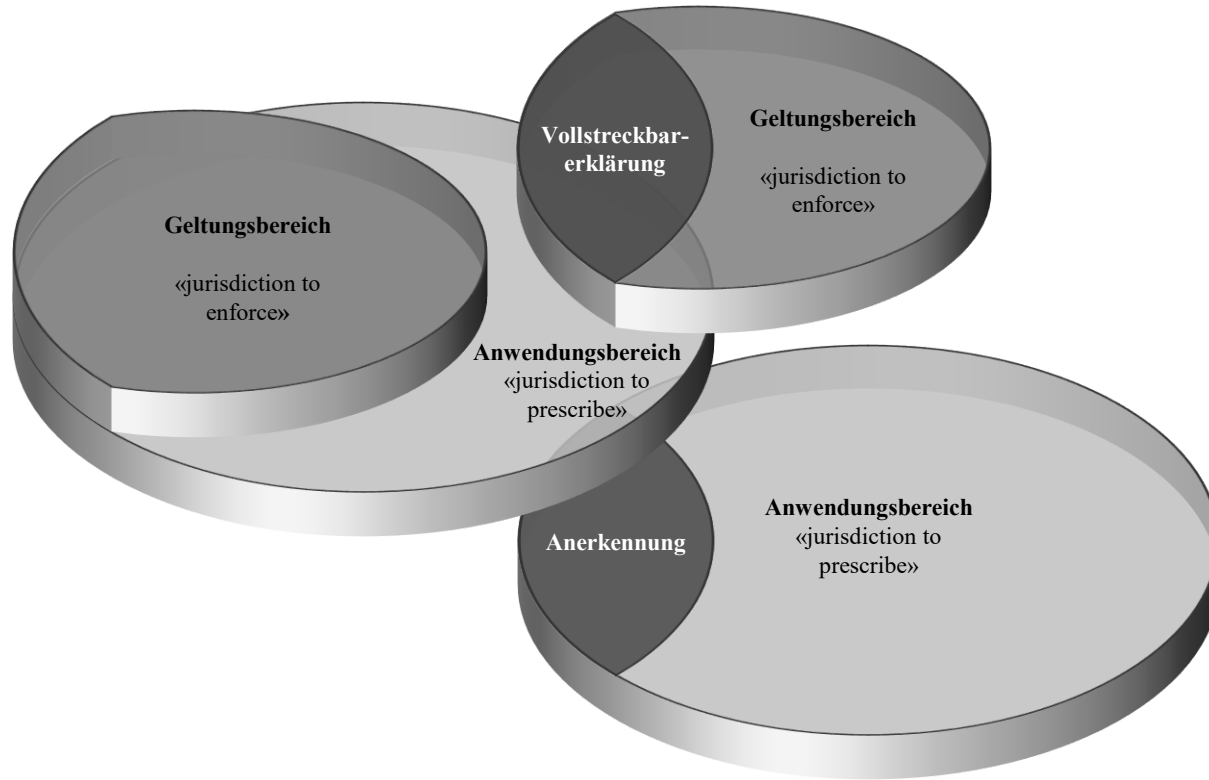


Angelehnt an: KMENT MARTIN, Grenzüberschreitendes Verwaltungshandeln, Tübingen 2010, Seite 70

Grenzüberschreitende Verwaltungsvollstreckung und Territorialität



Grenzüberschreitende Verwaltungsvollstreckung und Territorialität



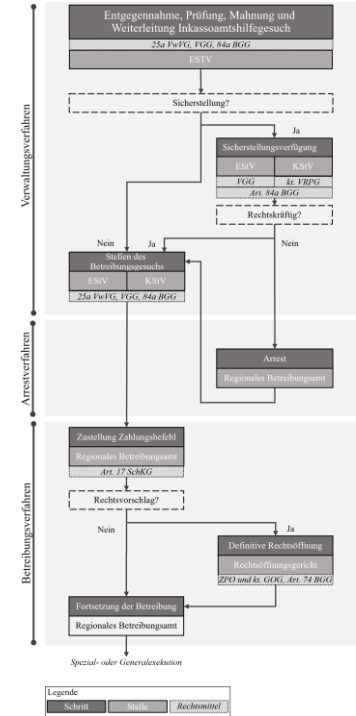
Komplexitätsebenen der Zuständigkeiten im Schweizerischen Vollstreckungssystem

- Das inländische Vollstreckungssystem wird zur Verfügung gestellt
- **Steuervollstreckung erfolgt grds. nach SchKG mit Spezialitäten der jeweiligen Steuerart**
 - Spezifische steuerrechtliche Zuständigkeiten (z.B. Sicherstellungsverfügung & Steuerarrest)
 - Wie überträgt sich das auf die internationale Ebene?
- **Primär massgebend wäre das Völkervertragsrecht; sekundär das Landesrecht**
 - Keine Vorgaben in den völkervertraglichen Quellen
 - Nur ganz wenige anwendbare Vorgaben des Landesrechts (Regelungsbedarf!)
 - Beispiel aus dem StADG:

- 5. Kapitel: Schlussbestimmungen - Art. 35 Ausführungsbestimmungen

¹ Der Bundesrat regelt:

- d. die Unterstellung der nach dem anwendbaren Abkommen zu treffenden Entscheide und Verfügungen der ESTV, welche Steuern des andern Vertragsstaats zum Gegenstand haben, unter die eidgenössische Verwaltungsgerichtsbarkeit; er stellt diese Entscheide und Verfügungen in Bezug auf ihre Vollstreckbarkeit den Entscheide über Bundessteuern gleich;



Neue Perspektiven auf Auslegungsfragen: Spezialstellung der (Inkasso-)Amtshilfe?

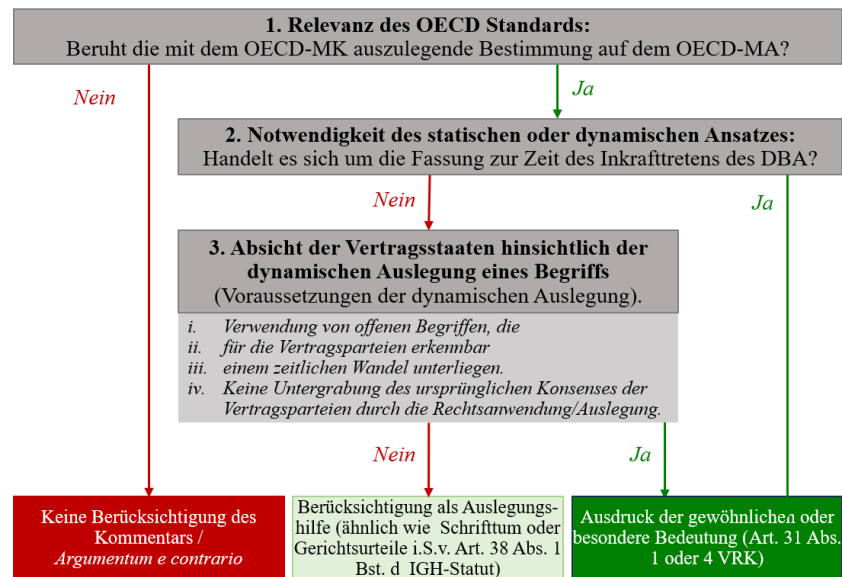
Auslegung völkervertraglicher Grundlagen der Inkassoamtshilfe bietet neue Perspektiven auf Althergebrachtes

- **Ziel und Zweck**
 - Inkassoamtshilfeklauseln vs. Informationsamtshilfeklauseln
 - Auslegungsregeln in Abkommen → Vielzahl direkter Verweise
- **Verweisung auf innerstaatliches Recht bei undefinierten Begriffen**
 - Art. 3 Abs. 2 OECD-MA nachgebaute Klauseln finden sich auch im AIA-Abkommen und im MAC
 - Ableitungen auch für Informationsamtshilfeklauseln
- **Bedeutung von Soft-Law für die Auslegung**
 - Im Moment bei der Inkassoamtshilfe starke Abstützung auf Soft-Law notwendig
 - Spezialitäten der Rechtsgrundlagen: MAC vs. DBA und Inkassoamtshilfeklauseln vs. Informationsamtshilfeklauseln

3. Ausblick und Diskussionsanstoss

Diskussionsanstoss – dynamische Berücksichtigung von Soft Law bei der Auslegung von Amtshilfenormen als Grundsatz?

BGE 149 III 400 und BGE 151 II 494

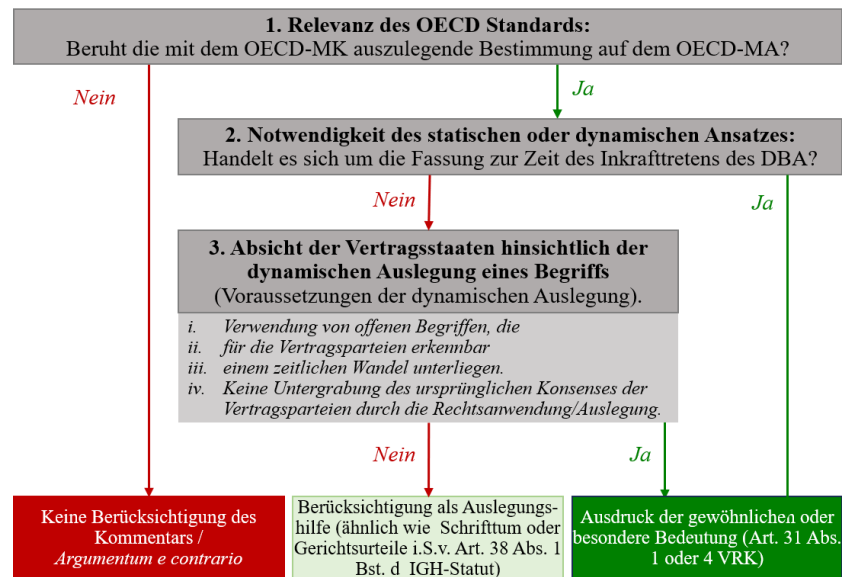


BGer 2C_157/2024 v. 18.06.2026, E. 4.3 f.
(5er Besetzung; zur Publikation vorgesehen)

„Der wirtschaftliche und politische Kontext des Informationsaustauschs in Steuersachen unterliegt einem ständigen Wandel, der von regelmässigen Anpassungen des OECD-MK begleitet wird, wobei auch die Schweiz an den Arbeiten der OECD aktiv mitwirkt [...]. Soweit die internationale Amtshilfe in Steuersachen betroffen ist, folgt die Auslegung der Bestimmungen eines Doppelbesteuerungsabkommens demnach grundsätzlich der jeweils aktuellsten Fassung des OECD-MK, auch wenn der Kommentar jünger ist als die auszulegende Bestimmung“.

Diskussionsanstoss – dynamische Berücksichtigung von Soft Law bei der Auslegung von Amtshilfenormen als Grundsatz?

BGE 149 III 400 und BGE 151 II 494

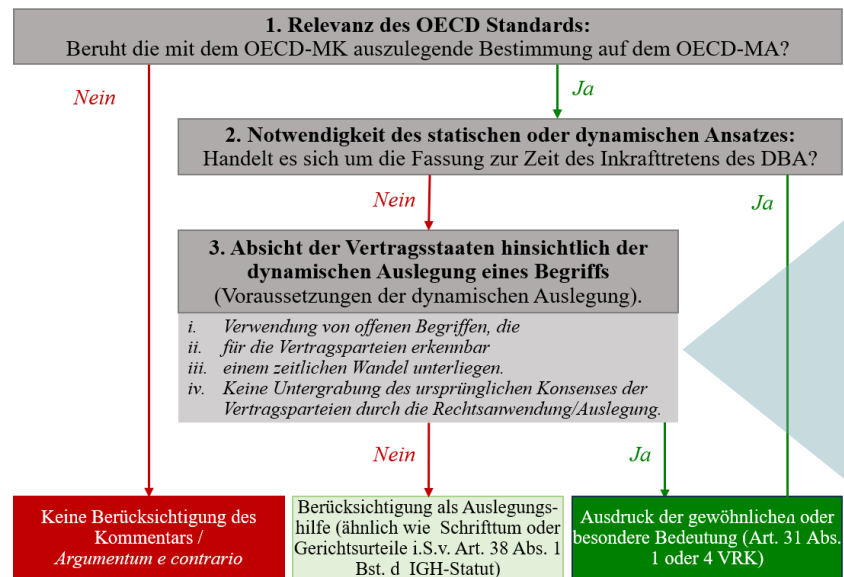


BGer 2C_157/2024 v. 18.06.2026, E. 4.3 f.
(5er Besetzung; zur Publikation vorgesehen)

„Der wirtschaftliche und politische Kontext des Informationsaustauschs in Steuersachen unterliegt einem ständigen Wandel, der von regelmässigen Anpassungen des OECD-MK begleitet wird, wobei auch die Schweiz an den Arbeiten der OECD aktiv mitwirkt [...]. Soweit die internationale Amtshilfe in Steuersachen betroffen ist, folgt die Auslegung der Bestimmungen eines Doppelbesteuerungsabkommens demnach grundsätzlich der jeweils aktuellsten Fassung des OECD-MK, auch wenn der Kommentar jünger ist als die auszulegende Bestimmung“.

Diskussionsanstoss – dynamische Berücksichtigung von Soft Law bei der Auslegung von Amtshilfenormen als Grundsatz?

BGE 149 III 400 und BGE 151 II 494



BGer 2C_157/2024 v. 18.06.2026, E. 4.3 f.
(5er Besetzung; zur Publikation vorgesehen)

„Der wirtschaftliche und politische Kontext des Informationsaustauschs in Steuersachen unterliegt einem ständigen Wandel, der von regelmässigen Anpassungen des OECD-MK begleitet wird, wobei auch die Schweiz an den Arbeiten der OECD aktiv mitwirkt [...]. Soweit die internationale Amtshilfe in Steuersachen betroffen ist, folgt die Auslegung der Bestimmungen eines Doppelbesteuerungsabkommens demnach grundsätzlich der jeweils aktuellsten Fassung des OECD-MK, auch wenn der Kommentar jünger ist als die auszulegende Bestimmung“.

Vielen Dank.

Christoph Domke

Doktorand und Rechtsanwalt

christoph.domke@unisg.ch / @loyensloeff.com



Universität St. Gallen (HSG)
Institut für Law and Economics

Varnbühlstrasse 19
9000 St. Gallen
Schweiz
ile.unisg.ch

Akkreditierungen

